

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP – BAYERNPARTEI):

1. Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, die Gründung des Schulversuchs für die Modellschule entsprechend des dargestellten Rahmenkonzepts beim Freistaat Bayern zu beantragen. Nach Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus wird dem Stadtrat die daran anknüpfende Detailplanung zur Modellschule inkl. der Planungsressourcen erneut zur Abstimmung vorgelegt.
2. Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, die Entfristung und ggf. Besetzung der bis 31.12.2023 befristeten Stelle B447337 in Höhe von 1,0 VZÄ beim Personal- und Organisationsreferat zu beantragen.

Die Finanzierung in Höhe von bis zu 106.130 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2024 aus dem Referatsbudget. Für die Haushaltsjahre 2025 ff. erfolgt die Finanzierung im Rahmen der regulären Haushaltsplanungen. Die dargestellte Stellenausweitung entspricht den im Eckdatenbeschluss vom 26.07.2023 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 09452) abgestimmten und anerkannten Bedarfen.

3. Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, die derzeit befristet im Budget enthaltenen Arbeitsplatzkosten in Höhe von 800 Euro dauerhaft zu entfristen.
4. Die beantragte Stelle im Umfang von 1,0 VZÄ im Referat für Bildung und Sport verursacht keinen zusätzlichen Flächenbedarf.
5. Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, dem Bildungsausschuss die Entscheidung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus bekannt zu geben.

6. Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, eine städtische allgemeinbildende Schule für die Erprobung der Flexibilisierung des Schulbeginns zu gewinnen. Der Bildungsausschuss wird über das Ergebnis informiert.

7. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04137 von Frau StRin Birgit Volk, Frau StRin Julia Schönfeld-Knor, Frau StRin Kathrin Abele, Frau StRin Verena Dietl, Herrn StR Haimo Liebich, Herrn StR Cumali Naz vom 04.06.2018 ist aufgegriffen. Die Bearbeitungsfrist für die abschließende Behandlung wird bis zum 31.12.2025 verlängert.

8. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02859 von der Fraktion Die Grünen-Rosa Liste, SPD/Volt-Fraktion vom 28.06.2022 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

9. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.